Klage gegen Gasbohrungen: Umweltaktivisten wehren sich auf Borkum

Die Deutsche Umwelthilfe klagt gegen Gasbohrungen vor Borkum. Unterstützung von BUND Niedersachsen und Bürgerinitiative.

Die Deutsche Umwelthilfe hat erneut Klage gegen die Genehmigung der geplanten Gasbohrungen vor der ostfriesischen Insel Borkum eingereicht. Diese Klage richtet sich konkret gegen den Planfeststellungsbeschluss des niedersächsischen Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), der im August genehmigt wurde und eine Laufzeit von 18 Jahren vorsieht. Die Umwelthilfe erhält Rückhalt von BUND Niedersachsen und der Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland, die die Klage beim Obergericht Lüneburg eingereicht haben.

Im Fokus der Kontroversen stehen die Pläne des niederländischen Konzerns One-Dyas. Aus Sicht der Umwelthilfe ist die Genehmigung aus wirtschaftlichen und klimapolitischen Gründen nicht vertretbar, da das geförderte Gas nicht zur Versorgungssicherheit oder stabilen Gaspreisen beiträgt. Sandra Koch von der Bürgerinitiative monierte, dass die deutschen Behörden keine eigenen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt hätten und sich stattdessen auf Daten aus den Niederlanden verlassen. Weitere Informationen finden sich in einem aktuellen Bericht [auf **www.radio-jade.de**](http://www.radio-jade.de).

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de